

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



20.021 ns Tätigkeiten der Delegationen für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Bericht der 50. Legislaturperiode

Bericht der Delegationen zur Pflege der Beziehungen mit Parlamenten anderer Staaten vom 31. Dezember 2019

Die Bundesversammlung pflegt mit folgenden ständigen Delegationen die Beziehungen zu den Parlamenten der Nachbarländer:

- a. Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag;
- b. Delegation für die Beziehungen zum österreichischen Parlament;
- c. Delegation für die Beziehungen zum französischen Parlament;
- d. Delegation für die Beziehungen zum italienischen Parlament;
- e. Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein.

Gemäss Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet sie hiermit den eidgenössischen Räten den Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit in der 50. Legislatur.

Antrag der Delegationen

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegationen
 Die Präsidenten
 Céline Widmer, Del-D
 Alex Kuprecht, Del-A und Del-FL
 Pierre-André Page, Del-F
 Marco Chiesa, Del-I

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag
- 3 Delegation für die Beziehungen zum österreichischen Parlament
- 4 Schweizer Delegation für die Beziehungen zum französischen Parlament
- 5 Delegation für die Beziehungen zum italienischen Parlament
- 6 Delegation für die Beziehungen zum Landtag Liechtensteins
- 7 Schlussfolgerungen



1 Einleitung

Die Bundesversammlung verfügt seit 2003 über Delegationen für die Pflege der Beziehungen zu den Parlamenten der Nachbarstaaten. Im Gegensatz zu den parlamentarischen Gruppen (auch Freundschaftsgruppen genannt) haben diese Delegationen einen offiziellen Charakter. Im Folgenden werden die Aktivitäten der fünf Delegationen in der vergangenen Legislatur dargelegt. Die Aktivitäten der einzelnen Delegationen variieren abhängig von der Prioritätensetzung des Präsidiums, den aktuellen Herausforderungen und der politischen Situation im Nachbarland. Für alle Delegationen lässt sich jedoch sagen, dass in der vergangenen Legislatur neben der Pflege der bilateralen Beziehungen der Austausch über europapolitische Fragen an Bedeutung gewonnen hat.

2 Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag

2.1 Einleitung

Die Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag (Del-D) konstituierte sich am 8. März 2016. Sie bildet das Pendant zur Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages und ist zuständig für die Pflege der Beziehungen zum Parlament des nördlichen Nachbarlands. Die regelmässig stattfindenden Treffen fördern den offenen Meinungs- und Erfahrungsaustausch und schaffen Verständnis bei unterschiedlichen Interessenlagen. Die Del-D wurde in der Legislaturperiode 2016–2019 von Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG) präsiert. Ferner gehörten ihr folgende Ratsmitglieder an:

- Nationalrat Thomas Hardegger (SP, ZH), Vizepräsident,
- Nationalrat Adrian Amstutz (SVP, BE),
- Ständerat Pirmin Bischof (CVP, SO),
- Ständerat Roland Eberle (SVP, TG),
- Ständerätin Anita Fetz (SP, BS),
- Nationalrat Roger Köppel (SVP, ZH),
- Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH),
- Nationalrat Albert Rösti (SVP, BE),
- Nationalrat Peter Schilliger (FDP, LU).

Der Vorstand der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe des 19. Deutschen Bundestages (seit dem 24. September 2017) setzt sich aus den folgenden Abgeordneten zusammen: Vorsitz: Felix Schreiner (CDU); stellvertretende Vorsitzende: Katrin Budde (SPD), Thomas Seitz (AfD), Frank Schäffler (FDP), Sabine Leidig (Die Linke) und Dr. Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen). Ferner umfasst die Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe etwa 45 weitere Mitglieder aller Parteien des Deutschen Bundestages.

2.2 Offizielle Besuche und Anlässe

Die Del-D reiste in der vergangenen Legislaturperiode dreimal nach Deutschland und empfing ihr deutsches Pendant einmal in der Schweiz. Der Ablauf der einzelnen Besuche wird in den folgenden Kapiteln zusammengefasst.

Ferner begleiteten der Präsident und der Vizepräsident der Del-D, Ständerat Joachim Eder und Nationalrat Thomas Hardegger, den Nationalratspräsidenten Dominique de Buman am



8. Oktober 2018 bei einem bilateralen Besuch beim Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, nach Berlin.

2.2.1 Besuch der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages vom 2. bis 4. November 2016 in der Schweiz

Der Auftakt zum ersten Treffen der beiden Delegationen in der 50. Legislatur fand im Tessin statt, wo die deutschen Gäste und die Del-D im Rahmen eines Arbeitssessens mit Vertreterinnen und Vertretern der SBB und der Alptransit Gotthard AG über die Realisierung der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) und das Management von Grossbauprojekten diskutierten.

Am Folgetag besuchten die beiden Delegationen zunächst das nationale Hochleistungsrechenzentrum der Schweiz (Centro svizzero di calcolo scientifico, CSCS) der ETH in Lugano. Der Direktor und der Vizedirektor des Zentrums führten anhand von praktischen Beispielen aus, wie ihre Supercomputer Spitzenforschung in der Schweiz ermöglichen und unterstützen. In Bellinzona kamen die Delegationen dann mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesamtes für Energie (BFE) und der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) zusammen. Nach kurzen Ausführungen zur Energiestrategie 2050 und zum aktuellen Stand des Verfahrens zur Auswahl von Tiefenlagern für radioaktive Abfälle tauschten sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier beider Länder über die nachhaltige Energieversorgung aus.

In Bellinzona bot sich dem Regierungspräsidenten und dem Staatsschreiber des Kantons Tessin, Paolo Beltraminelli und Arnaldo Coduri, die Gelegenheit, die nördlichen Nachbarn auf die speziellen Gegebenheiten des Südkantons aufmerksam zu machen. Im Spannungsfeld zwischen Nord und Süd spielten die spezielle geografische und demografische Situation des Grenzkantons und die damit verbundenen Herausforderungen eine grosse Rolle. So stehe das Tessin aufgrund des Zustroms von Arbeitskräften und Kapital aus dem Ausland mehr denn je unter Druck. Mit der Eröffnung der Neat hoffe man, die innerkantonalen Verkehrsflüsse und die externe Anbindung neu ausrichten und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons verbessern zu können. Die Besichtigung und Durchfahrt des Gotthard-Basistunnels, eines wichtigen Bestandteils der Neat und mit 57 Kilometern der längste Bahntunnel der Welt, rundete den Aufenthalt im Tessin ab.

Am darauffolgenden Tag trafen die Delegationen in Bern den Schweizer Chefunterhändler für die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU), Staatssekretär Jacques de Watteville. Dieser betonte die ausgezeichneten und sehr engen Beziehungen sowie die intensive Gesprächsdiplomatie zwischen den beiden Ländern. Beim anschliessenden Treffen mit Staatssekretär Mario Gattiker, dem Leiter des Staatssekretariats für Migration (SEM), wurden Asyl- und Migrationsfragen besprochen. Der Staatssekretär informierte über die aktuelle Migrationslage im Schweizer Grenzgebiet und die Umsetzung der Asylgesetzrevision, welche im Juni 2016 vom Schweizervolk gutgeheissen worden war.

Die Del-D wurde angeführt von Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG). Ferner nahmen am Treffen der Vizepräsident, Nationalrat Thomas Hardegger (SP, ZH), die Ständeräte Pirmin Bischof (CVP, SO) und Roland Eberle (SVP, TG), Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH) sowie die Nationalräte Albert Röstli (SVP, BE), Peter Schilliger (FDP, LU) und Hansjörg Walter (SVP, TG) teil. Die Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe des Bundestages war mit dem Vorsitzenden Thomas Dörflinger (CDU, Baden-Württemberg) sowie mit den folgenden Mitgliedern des Deutschen Bundestages vertreten: Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), stellvertretende Vorsitzende, Dieter Stier (CDU), Oswin Veith (CDU) und Heike Baehrens (SPD).



2.2.2 Arbeitsbesuch in Stuttgart vom 4. und 5. April 2017

Baden-Württemberg ist für die Schweiz angesichts der wirtschaftlichen Beziehungen wie auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit das mit Abstand wichtigste deutsche Bundesland. Im Zentrum des Besuchs standen ein Treffen mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Verkehrsminister Winfried Hermann. Zudem traf sich die Del-D zu einem Gespräch mit der Präsidentin des baden-württembergischen Landtags, Muhterem Aras, sowie mit Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags.

Beim Gespräch mit Verkehrsminister Winfried Hermann stand die verkehrspolitische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Deutschland im Vordergrund. Minister Hermann versicherte den Schweizer Gästen, in Baden-Württemberg herrsche fraktionsübergreifend Einigkeit, dass der zeitnahe Ausbau der Strecke Zürich–Singen–Stuttgart absolute Priorität hat. Angestrebt werde eine Reisezeitreduktion mit idealen Anschlussverbindungen im Gesamtnetz. Für den sich aufgrund zahlreicher Einsparungen verzögernden Ausbau der Neat-Hauptzufahrtstrecke Karlsruhe–Basel habe der Bundestag Ende Januar 2016 zusätzliche Gelder gesprochen, namentlich für den Lärmschutz und die Umfahungsstrecken der Rheintalbahn (Karlsruhe–Basel). So sei man dem verkehrspolitischen Ziel der Verlagerung des Güterverkehrs einen Schritt näher gekommen. Beim Thema An- und Abflüge zum bzw. vom Flughafen Zürich durch deutschen Luftraum betonte die Schweizer Delegation die Bedeutung dieses Flughafens für deutsche Fluggesellschaften als Arbeitgeber für zahlreiche deutsche Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie als wichtigste Luftfahrtinfrastruktur in der Region. Es müsse daher nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Deutschland von grossem Interesse sein, für verlässliche Rahmenbedingungen und für einen sicheren Betrieb zu sorgen.

Auch beim Arbeitsessen mit dem Ministerpräsidenten, der Landtagspräsidentin und dem Staatsminister des Landes Baden-Württemberg kam das Thema Flugverkehrsbelastung zur Sprache. Die baden-württembergische Seite informierte über die Landtagsdebatte über die Fluglärmbelastung in Südbaden, die kurz zuvor stattgefunden hatte. Die Landesregierung habe dabei betont, dass sie gemeinsam mit dem Bund und der Region eine einvernehmliche Lösung mit der Schweiz anstrebe. Die Schweizer Seite erneuerte ihre Forderung nach Rechtssicherheit und appellierte an die Dialogbereitschaft der baden-württembergischen Landesregierung sowie der deutschen Bundesregierung.

Die Schweizer Delegation wurde angeführt vom Präsidenten der Del-D, Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG). Ferner nahmen am Treffen der Vizepräsident der Del-D, Nationalrat Thomas Hardegger (SP, ZH), Ständerätin Anita Fetz (SP, BS), Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH) und Nationalrat Hansjörg Walter (SVP, TG) teil.

2.2.3 Arbeitsbesuch in Berlin vom 21. und 22. Juni 2017

Die Mitglieder der Del-D hatten zu Beginn des Aufenthalts die Möglichkeit, sich mit dem deutschen Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière, über das Thema Asyl und Migration auszutauschen. Dieser lobte die exzellente Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Deutschland auf politischer und operativer Ebene. Er betonte, dass durch gezielte Massnahmen und eine enge Kooperation an der deutsch-schweizerischen Grenze die irreguläre Weiterwanderung von Migrantinnen und Migranten erfolgreich eingedämmt werden konnte. Im Rahmen des gemeinsamen Aktionsplans würden das Grenzschutzkorps und die deutsche Bundespolizei ihre polizeiliche Zusammenarbeit intensivieren. Derzeit werde zudem eine Revision des Polizeivertrags geprüft, dessen Weiterentwicklung eine verstärkte Kooperation der Grenz-, Zoll- und Polizeibehörden vorsehe. Beide Seiten waren sich einig, dass die Herausforderungen im Migrationsbereich gemeinsam angegangen und bewältigt werden sollten.



Bei einem Arbeitssessen mit Fachleuten des Bundesamtes für Energie (BFE) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) tauschten sich die Abgeordneten des Bundestages mit der Schweizer Delegation über die neuesten Entwicklungen in der Energiepolitik beider Länder aus. Priorität hat für beide Seiten die Versorgungssicherheit, die im stark vernetzten Energiebereich von keinem Land alleine erreicht werden kann. Der mit der Energiewende bzw. der Energiestrategie 2050 einhergehende Atomausstieg wirft jedoch auch die Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle auf. Sowohl auf Schweizer wie auch auf deutscher Seite läuft derzeit das Auswahlverfahren für die sogenannten geologischen Tiefenlager. Einige der derzeit in Betracht gezogenen Schweizer Standortregionen liegen nahe der Grenze zu Deutschland. Die Schweiz ist daher sehr bemüht, die deutschen Gemeinden in das Sachplanverfahren einzubeziehen, damit diese ihre Anliegen einbringen können. Beide Seiten waren sich einig, dass die Suche nach einem geeigneten Tiefenlager ein komplexer und langwieriger Prozess ist, jedes Land aber gemäss dem Verursacherprinzip für die eigenen radioaktiven Abfälle Verantwortung übernehmen und diese nicht ins Ausland auslagern sollte.

Am nächsten Tag folgte ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Bundesländer über den Nationalen Finanzausgleich (NFA) bzw. die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. In Deutschland war es kurz zuvor zu einer Anpassung des Grundgesetzes und einer Neuregelung dieser Beziehungen gekommen. Dabei war der Finanzausgleich zwischen den Bundesländern abgeschafft, die Finanzierung durch den Bund erhöht und dessen Kompetenzbereich ausgebaut worden. Die Anwesenden tauschten sich über die unterschiedlichen Finanzausgleichssysteme und die Herausforderungen bei deren Umsetzung aus. Die beiden Delegationen kamen zum Schluss, dass trotz divergierender Interessen zwischen Geber- und Nehmerkantonen bzw. -ländern die Notwendigkeit des Finanzausgleichs mehrheitlich anerkannt und als Erfolgsfaktor für Solidarität und Föderalismus gewertet wird.

Das Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU konzentrierte sich auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sowie auf die Zukunft der EU-27 nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs. Die deutschen Gesprächspartnerinnen und -partner erkundigten sich nach dem Stand der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Die Schweizer Delegation erklärte, dass der im Rahmenabkommen vorgesehene Streitbeilegungsmechanismus vielerorts auf Skepsis stösst. Die Konsolidierung des bilateralen Wegs und die Wahrung der Rechtssicherheit seien jedoch sowohl der Schweiz als auch der EU ein Anliegen.

Die Schweizer Delegation wurde angeführt vom Präsidenten der Del-D, Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG). Ferner nahmen am Treffen der Vizepräsident der Del-D, Nationalrat Thomas Hardegger (SP, ZH), Ständerätin Anita Fetz (SP, BS), Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH) und Nationalrat Albert Rösti (SVP, BE) teil.

2.2.4 Arbeitsbesuch der Delegation in Berlin vom 10. bis 12. April 2019

Im Zentrum des letzten bilateralen Arbeitsbesuchs der 50. Legislatur standen europa- und verkehrspolitische Themen. Für Gesprächsstoff sorgte ausserdem der Entscheid der SRG, die Ausstrahlung ihrer Programme via Antenne in die grenznahen Regionen einzustellen.

In Berlin wurde die Delegation von der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe unter der Leitung von deren Vorsitzendem, Felix Schreiner, empfangen. Ziel des Aufenthalts war es, die Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten zu pflegen und sich über verschiedene bilaterale Anliegen auszutauschen. Neben den aktuellen europapolitischen Fragen (Brexit, institutionelles



Rahmenabkommen) standen verkehrspolitische Themen (u. a. das An- und Abflugregime für den Flughafen Zürich und die Neat-Zulaufstrecken) sowie der Empfang der SRG-Programme in Deutschland im Zentrum der Gespräche.

Die beiden Parlamentariergruppen nahmen die Absicht der SRG zur Kenntnis, per 3. Juni 2019 die Ausstrahlung der SRG-Programme via DVB-T einzustellen. Diese wären dann im nahen Deutschland nicht mehr zu empfangen, was den kulturellen und informativen Austausch schmälern würde. Vor diesem Hintergrund gaben der Präsident der Del-D, Ständerat Joachim Eder, und der Vorsitzende der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe, Felix Schreiner, eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie zum Fortbestand des unverschlüsselten Empfangs des Schweizer Fernsehens in Deutschland aufriefen.

Neben dem Treffen mit der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe fanden in Berlin Gespräche mit Mitgliedern des Europa-Ausschusses, des Auswärtigen Ausschusses und des Verkehrsausschusses statt. Ausserdem wurde die Delegation von Bundesratspräsident Daniel Günther, von Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich, sowie von Niels Annen, Staatsminister des Auswärtigen Amtes, empfangen. Darüber hinaus tauschte sich die Delegation mit der Landesvertretung Baden-Württembergs aus und wohnte dem Festakt «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein» in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft bei.

Die Del-D wurde angeführt von Ständerat Joachim Eder (FDP, ZG). Ferner nahmen am Treffen die Nationalräte Thomas Hardegger (SP, ZH; Vizepräsident), Adrian Amstutz (SVP, BE), Albert Rösti (SVP, BE) und Peter Schilliger (FDP, LU) sowie Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH) teil.

3 Delegation für die Beziehungen zum österreichischen Parlament

3.1 Einleitung

Die Delegation für die Beziehungen zum österreichischen Parlament (Del-A) konstituierte sich am 8. März 2016. Sie bildet das Pendant zur parlamentarischen Gruppe Österreich–Schweiz des österreichischen Parlaments und hat die Aufgabe, einen steten Kontakt zum östlichen Nachbarstaat zu pflegen, ein Beziehungsnetz aufzubauen und zu unterhalten, das insbesondere in Krisensituationen zum Tragen kommt. Ferner soll Gesprächsbereitschaft signalisiert und das Verständnis der Prozesse innerhalb des Parlamentes gefördert werden. Es finden regelmässige Treffen der beiden Delegationen statt.

Die Del-A wurde in der 50. Legislaturperiode von Nationalrat Walter Müller (FDP, SG) präsidiert. Die weiteren Delegationsmitglieder waren:

- Ständerat Alex Kuprecht (SVP, SZ), Vizepräsident,
- Nationalrat Thomas Ammann (CVP, SG),
- Nationalrat Adrian Amstutz (SVP, BE),
- Ständerätin Pascale Bruderer Wyss (SP, AG),
- Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG),
- Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG),
- Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP, SG), bis 31.12.2018,
- Nationalrat Thomas Müller (SVP, SG),
- Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG),
- Ständerat Martin Schmid (FDP, GR), ab 15.2.2019.



Die parlamentarische Gruppe Österreich–Schweiz des österreichischen Parlaments setzte sich aus folgenden elf Mitgliedern des österreichischen Nationalrates und vier Mitgliedern des Bundesrates zusammen:

- Magnus Brunner, ÖVP, Mitglied des Bundesrates, Obmann der Gruppe,
- Norbert Sieber, Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP,
- Angelika Winzig, Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP,
- Rudolf Taschner, Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP,
- Martina Ess, Mitglied des Bundesrates, ÖVP,
- Hermann Krist, Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ,
- Doris Margreiter, Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ,
- Alois Stöger, diplômé Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ,
- Günter Kovacs, Mitglied des Bundesrates, SPÖ,
- Walter Rosenkranz, Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ,
- Petra Wagner, Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ,
- Hermann Brückl, Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ,
- Michael Raml, Mitglied des Bundesrates, FPÖ,
- Gerald Loacker, Abgeordneter zum Nationalrat, NEOS,
- Wolfgang Zinggl, Abgeordneter zum Nationalrat, JETZT.

3.2 Offizielle Besuche und Anlässe

Die Del-A empfing in der vergangenen Legislaturperiode ihre Schwesterdelegation einmal in der Schweiz (2017) und reiste einmal nach Wien (2019). Ausserdem begleiteten der Delegationspräsident und der Delegationsvizepräsident 2018 den damaligen Nationalratspräsidenten bei seinem offiziellen Besuch in Wien.

3.2.1 Arbeitsbesuch der parlamentarischen Gruppe Österreich–Schweiz vom 22. und 23. März 2017 in der Schweiz

Das erste offizielle Treffen der beiden Delegationen in der 50. Legislatur fand im Frühjahr 2017 in der Schweiz statt und stand im Zeichen des Austausches über grenzüberschreitende Verkehrsprojekte und die Zukunft der Energieversorgung in Europa. Im Weiteren fanden Treffen mit den Staatssekretären Jacques de Watteville und Mario Gattiker statt, bei denen über den Stand der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU bzw. über die Flüchtlings- und Asylsituation in den beiden Staaten gesprochen wurde.

Der offizielle Besuch begann in St. Gallen, wo die österreichischen Gäste und die Del-A von der Kantonsregierung empfangen wurden. Mit Vertreterinnen und Vertretern der St. Galler Kantonsverwaltung wurde über aktuelle Verkehrsprojekte auf Strasse und Bahn sowie über den rechtlichen Status des Flugplatzes St. Gallen-Altenrhein debattiert.

Die beiden Delegationen tauschten sich zudem über die aktuellen Entwicklungen im Energiebereich in Europa und im grenzüberschreitenden Stromverkehr aus. Das Bundesamt für Energie brachte die beiden Delegationen auf den neusten Stand bezüglich des geplanten Stromabkommens zwischen der Schweiz und der EU.



Am Folgetag trafen sich die beiden Delegationen in Bern mit Staatssekretär Mario Gattiker zu einem Gespräch über die Flüchtlings- und Asylsituation in den beiden Staaten, den Grenzschutz und die Weiterentwicklung von Schengen/Dublin. Der Staatssekretär informierte über die aktuelle Migrationslage im Schweizer Grenzgebiet und über die Umsetzung der Asylgesetzrevision, welche im Jahr zuvor vom Schweizervolk gutgeheissen worden war. Beide Seiten waren sich einig, dass man vor ähnlichen Herausforderungen steht und eine gemeinsame europäische Lösung anzustreben ist.

Weiter fand ein Gespräch mit dem Schweizer Chefunterhändler für die Verhandlungen mit der EU, Staatssekretär Jacques de Watteville, statt. Dieser betonte die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und informierte über die neusten Entwicklungen im Verhältnis der Schweiz zur EU. Ausserdem teilte er mit, dass in den Tagen zuvor der Stillstand bei einigen wichtigen Dossiers zwischen der Schweiz und der EU beendet werden konnte und bei weiteren Dossiers pragmatische Lösungen angestrebt würden.

Die -Del-A wurde angeführt von Nationalrat Walter Müller (FDP, SG). Ferner nahmen am Treffen die Nationalräte Thomas Ammann (CVP, SG), Adrian Amstutz (SVP, BE), Thomas Müller (SVP, SG) und Lukas Reimann (SVP, SG), Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG) sowie die Ständerätinnen Pascale Bruderer Wyss (SP, AG), Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG) und Karin Keller-Sutter (FDP, SG) teil.

Die parlamentarische Gruppe Österreich–Schweiz war mit dem Obmann der Gruppe, Bundesrat Magnus Brunner (ÖVP), sowie mit den folgenden Mitgliedern des österreichischen Parlaments vertreten: Abgeordneter Gerald Klug (SPÖ), Bundesrat Peter Oberlehner (ÖVP), Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ), Abgeordneter Wolfgang Zingg (GRÜNE), Abgeordneter Gerald Loacker (NEOS) und Abgeordneter Christoph Hagen (TEAM STRONACH).

3.2.2 Arbeitsbesuch der Del-A in Wien vom 25. und 26. Februar 2019

Im Februar 2019 reiste die Del-A nach Wien zum offiziellen Gegenbesuch bei ihrer österreichischen Schwesterdelegation. Im Zentrum des Austausches mit den österreichischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern standen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie europa- und verkehrspolitische Themen.

In Wien wurde die Delegation von der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich–Schweiz des österreichischen Parlamentes empfangen, welche unter der Leitung des Obmanns der Gruppe, Dr. Magnus Brunner, Vizepräsident des Bundesrates, steht. Die beiden offiziellen Delegationen tauschten sich insbesondere über europa- und wirtschaftspolitische Themen sowie über verschiedene regionale Anliegen aus wie die Entwicklungsmöglichkeiten des Flugplatzes St. Gallen-Altenrhein und den Planungsstand der Bodensee-Schnellstrasse S18.

Darüber hinaus traf sich die Schweizer Delegation mit den Mitgliedern der EU-Ausschüsse des österreichischen Nationalrates und des österreichischen Bundesrates. Im Zentrum des Gesprächs standen die Verhandlungen der Schweiz mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen sowie der Umgang beider Länder mit dem Entscheid des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten. Ebenso thematisiert wurden die Bedeutung der flankierenden Massnahmen und die Anerkennung der Börsenäquivalenz. Ausserdem interessierte sich die Schweizer Delegation für die Mitwirkungsrechte des österreichischen Parlamentes innerhalb der EU. Im Anschluss an das Arbeitsgespräch mit den EU-Ausschüssen wurde die Delegation von Bundesratspräsident Ingo Appé zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Darüber hinaus ergab sich die Gelegenheit für eine spontane Begegnung mit dem für Europapolitik zuständigen Kanzleramtsminister Gernot Blümel.



Schliesslich standen auch Gespräche im Bundesministerium für Europa, Integration und Äusseres sowie mit dem Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreichs auf dem Programm. Ausserdem besuchte die Delegation die Wiener Hofburg und nahm einen geführten Rundgang durch das «Haus der Geschichte» vor.

Die Delegation für die Beziehungen zum österreichischen Parlament wurde angeführt von Nationalrat Walter Müller (FDP, SG). Ferner nahmen die Nationalräte Thomas Ammann (CVP, SG), Adrian Amstutz (SVP, BE), Thomas Müller (SVP, SG) und Lukas Reimann (SVP, SG) sowie Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG) und Ständerätin Pascale Bruderer Wyss (SP, AG) am Besuch in Wien teil.

4 Schweizer Delegation für die Beziehungen zum französischen Parlament

4.1 Einleitung

Die Delegation für die Beziehungen zum französischen Parlament (Del-F) konstituierte sich am 16. März 2016 in Bern. In der 50. Legislatur gehörten ihr folgende Ratsmitglieder an:

- Nationalrätin Céline Amaudruz (SVP, GE),
- Nationalrat Guillaume Barazzone (CVP, GE),
- Nationalrat Fathi Derder (FDP, VD), Präsident 2016/17,
- Ständerat Olivier François (FDP, VD),
- Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP, VD),
- Ständerätin Liliane Maury Pasquier (SP, GE), Präsidentin 2018/19,
- Ständerat Thomas Minder (parteilos, SH),
- Nationalrat Yves Nidegger (SVP, GE),
- Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP, JU),
- Nationalrat Manuel Tornare (SP, GE).

Im französischen Parlament hat jede Kammer ihre eigene Delegation. Diese wird parlamentarische Freundschaftsgruppe genannt und umfasst zahlreiche Mitglieder. Bei den Besuchen in der Schweiz gehören den französischen Delegationen jeweils höchstens vier bis sechs Mitglieder an (interne Regel des Senats und der Nationalversammlung).

Die beiden Delegationen führen traditionsgemäss je zwei Arbeitsbesuche im Ausland durch und organisieren zwei Treffen im eigenen Land. Für jedes Treffen legt der Gastgeber ein Thema fest, das er an diesem Treffen vertiefen möchte.

4.2 Arbeitsbesuche

4.2.1 Arbeitsbesuch der Del-F in Frankreich vom 4. und 5. Oktober 2016

Die Del-F weilte am 4. und 5. Oktober 2016 zu einem Besuch in Paris. Angeführt von Nationalrat Fathi Derder (FDP, VD) kam die Delegation mit den Freundschaftsgruppen Frankreich–Schweiz des französischen Parlaments zusammen und diskutierte mit diesen über grenzüberschreitende Politik, den Status der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, den Flughafen Basel-Mulhouse, die Europapolitik und die Migration. Sie nutzte den Aufenthalt in Paris ausserdem, um der Schweizer



Delegation bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der ständigen Delegation der Schweiz bei der Unesco einen Besuch abzustatten.

Die Schweizer Delegation bei der OECD vertritt die Interessen der Schweiz in der OECD. Im OECD-Rat, dem oberstes Entscheidorgan der Organisation, nimmt für die Schweiz Botschafter Ulrich Lehner Einsitz. Er präsentierte den Mitgliedern der Del-F die Arbeit der Schweizer Delegation bei der OECD, die Funktionsweise der OECD und deren zahlreiche Tätigkeitsfelder. Die OECD organisiert jedes Jahr zwei Tage, an denen sie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die künftigen Herausforderungen im Finanz- und im Technologiesektor sowie in anderen für die Politik und die Bevölkerung bedeutsamen Bereichen informiert.

Botschafter Jean-Frédéric Jauslin empfing die Schweizer Ratsmitglieder in den Räumlichkeiten der ständigen Delegation der Schweiz bei der Unesco. Nicht weniger als 195 Delegationen verkehren tagtäglich am Sitz der Unesco, die v. a. wegen ihres Engagements für das Welterbe bekannt ist, aber auch in den Bereichen Forschung, Erziehung und Bildung aktiv ist.

Beim Treffen der Del-F mit der von der Abgeordneten Claudine Schmid (Les Républicains, 6. Wahlkreis Auslandsfranzösinen und -franzosen) präsierten Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz der Nationalversammlung standen in erster Linie grenzüberschreitende Fragen im Mittelpunkt. Bundesrat Alain Berset hatte am 27. September 2016 ein Rahmenabkommen im Gesundheitsbereich unterzeichnet, dank dem die französischen Gesundheitsbehörden direkt mit den kantonalen Behörden in der Schweiz verhandeln können. Dadurch soll zum einen eine effiziente ortsnahe Gesundheitsversorgung in den Grenzregionen sichergestellt werden und zum anderen eine Zusammenarbeit bei der Ausbildung des Gesundheitsfachpersonals aufgebaut werden. Die französischen Abgeordneten informierten die Schweizer Delegation zudem über die mögliche Schliessung des Kernkraftwerks Fessenheim. Um das aktuelle Produktionsniveau zu halten, sei die Eigentümerin EDF verpflichtet, eines ihrer Kernkraftwerke zu schliessen. Derzeit liefen Gespräche über allfällige Entschädigungen für den Rückbau der Anlage.

Von der Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz des Senats wurde die Del-F im Palais du Luxembourg empfangen. Nach einer kurzen Besichtigung des Senatsgebäudes wurde intensiv über grenzüberschreitende Themen, die Situation der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Steuerfragen und die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrspolitik diskutiert. Die Schweizer Ratsmitglieder informierten sich über die neue Verwaltungsorganisation Frankreichs, um zu erfahren, wer – namentlich für die Kantone – die neuen politischen Partner sind. Die französischen Senatsmitglieder wiederum erkundigten sich nach dem Antrag des Bundesrates zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Der Del-F gehörten neben ihrem Präsidenten Fathi Derder ihre Vizepräsidentin, Ständerätin Liliane Maury Pasquier (SP, GE), Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP, VD) sowie die Nationalräte Yves Nidegger (SVP, GE) und Manuel Tornare (SP, GE) an.

4.2.2 Arbeitsbesuch der Del-F in Frankreich vom 6. und 7. November 2017

Auf Einladung des französischen Senats weilte die Del-F am 6. und 7. November 2017 zu einem Besuch in Paris. Sie traf sich dort mit der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz des Senats zu Gesprächen über die Zusammenarbeit der beiden Länder und über die geänderte Verwaltungsorganisation Frankreichs. Die Schweizer Delegation hatte ausserdem Gelegenheit, sich über die politischen Veränderungen in Frankreich zu informieren. Im September 2017 hatte eine Teilerneuerung des Senats stattgefunden, bei der 171 der 348 Sitze neu vergeben



worden waren. Den rechtskonservativen Parteien (Les Républicains und Bündnispartner) war es gelungen, die absolute Mehrheit im Senat zu behaupten.

Bei einem Treffen mit der Vizepräsidentin des Senats, Senatorin Catherine Troendlé (Les Républicains, Haut-Rhin), und einem Mitglied der Wirtschaftskommission, Senator Daniel Dubois (Union Centriste, Somme), wurde über eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer gesprochen. Zudem besichtigte die Delegation im Rahmen ihres Parisbesuchs den Sitz der SNCF in Saint-Denis und unterhielt sich dort mit den Verantwortlichen des Unternehmens über die Themen Datentransparenz, Krisenkommunikation und Digitalisierung. Armelle Laugier, die stellvertretende Direktorin der zuständigen Projektgesellschaft Lemanis, präsentierte der Delegation das Eisenbahnprojekt CEVA (Bahnlinie zwischen Genf und Annemasse), welches ein gemeinsames Vorhaben der SBB und der SNCF ist. Der Generaldirektor von Lyria, Andréas Bergmann, erläuterte den Schweizer Gästen ausserdem die neuen Angebote im TGV-Verkehr zwischen Frankreich und der Schweiz sowie die geplanten Investitionen in die Erneuerung der Lyria-Züge.

Der Delegation gehörten neben ihrem Präsidenten, Nationalrat Fathi Derder (FDP, VD), auch ihre Vizepräsidentin, Ständerätin Liliane Maury Pasquier (SP, GE), sowie Ständerat Olivier François (FDP, VD), Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP, VD) und Nationalrat Manuel Tornare (SP, GE) an.

4.2.3 Besuch der Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz der Nationalversammlung vom 18. und 19. Juni 2018 in der Schweiz

Die Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz der Nationalversammlung weilte am 18. und 19. Juni 2018 für einen Arbeitsbesuch zum Thema Berufsbildung in der Schweiz.

Am 18. Juni trafen sich die Delegationen zu Gesprächen mit Botschafter Mauro Moruzzi vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner und Berufsverbände, namentlich mit Bruno Weber von Travailsuisse und Séverine Favre, der Verantwortlichen für Berufsbildung beim Arbeitgeberverband der Schweizer Uhrenindustrie. Die französische Delegation war sehr überrascht von der Effizienz des Schweizer Systems, das für grosse Stabilität sorgt und namentlich die Jugendarbeitslosigkeit konstant niedrig hält. Ihr wurde ausserdem erläutert, dass das Schweizer Berufsbildungssystem in erster Linie deshalb so erfolgreich ist, weil die Programme und Studiengänge rasch und dynamisch an die Realität und an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst werden: Den Anstoss für diese Anpassungen gibt dabei nicht der Bund, sondern die betroffene Branche (Berufsverbände). Das SBFI und Travailsuisse wiesen darauf hin, dass die Berufsbildung für Erwachsene in den kommenden Jahren die grösste Herausforderung für die Schweiz darstellen wird, da die Kosten der Ausbildung und der Unterstützungsleistungen im Bereich der Erwachsenenbildung sehr hoch sind.

Am 19. Juni besuchten die Delegationen den Campus der Uhrenindustrie in Meyrin bei Genf (Campus Genevois de la Haute Horlogerie), auf dem auch die Berufsschule der Branche (École des Métiers et Artisans de Haute Horlogerie) angesiedelt ist. 29 Lernende absolvieren dort die folgenden fünf dualen Grundbildungen: Uhrenarbeiter/in EBA, Uhrmacher/in Produktion EFZ, Mikromechaniker/in EFZ, Graveur/in EFZ und Post-EFZ-Abschluss als Emaillieur/in. Nach einer Kurzinformation zu den Lehrgängen an der Schule konnten die Parlamentsmitglieder die Schulungsräume besichtigen und sich mit den Lernenden sowie mit den Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern unterhalten. Den Delegationen fiel auf, dass die Anzahl der weiblichen Teilnehmenden in zwei der fünf Lehrgänge erfreulich hoch ist (Graveur/in EFZ und Post-EFZ-Abschluss als Emaillieur/in). Gegen Ende des Vormittags begaben sich die beiden Delegationen zur



Hotelfachschule Genf (École Hôtelière de Genève, EHG). Die kaufmännische Leiterin der Schule, Claire Zendali, erläuterte die Studiengänge der EHG und betonte, wie wichtig Brückenangebote zwischen dem dualen und tertiären System sind. Diese würden Studierenden, die höhere Funktionen anstreben, eine Weiterentwicklung ermöglichen.

Zum Abschluss des Arbeitsbesuches wurden im Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum die Erinnerungsarbeit und die humanitäre Tradition der Schweiz gewürdigt.

Die beiden Delegationen diskutierten im Rahmen dieses Besuchs auch verschiedene bilaterale und grenzüberschreitende Themen. Die französische Delegation liess sich über die Umsetzung des «Inländervorrangs light» informieren und die Schweizer Delegation verlangte zusätzliche Auskünfte zum «Blitzbesuch» einer französischen Delegation in der Schweiz im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen der beiden Länder über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Bei diesem Besuch, der vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, in welchem Marion Lenne Einsitz hat, verlangt wurde, handelte es sich nur dem Namen nach um einen Blitzbesuch. Er dauerte nämlich bereits sechs Monate und sollte erst nach der Sommerpause 2018 abgeschlossen werden. Die französische Delegation ging aber davon aus, dass dieser zu Informationszwecken durchgeführte Besuch zu einer zeitnahen Ratifizierung des Rahmenabkommens führen werde. Sie teilte mit, dass das Geschäft in der Nationalversammlung hängig ist und danach noch vom Senat abgesegnet werden muss. Die Präsidentin der französischen Delegation wies überdies darauf hin, dass auf französischer Seite – obwohl es sich lediglich um ein Grundsatzabkommen handelt – grosses Misstrauen gegenüber dem Abkommen besteht, v. a. bei den direkt betroffenen regionalen Gesundheitsagenturen, und dass diesbezüglich zurzeit wichtige Aufklärungsarbeit geleistet wird.

Der französischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung gehörten neben ihrer Präsidentin Marion Lenne und einer ihrer Vizepräsidentinnen, der Abgeordneten Olga Givernet (La République en Marche, Ain), noch die Abgeordneten Brahim Hammouche (Mouvement Démocrate et apparentés, Moselle) und Pierre-Alain Raphan (La République en Marche, Essonne) an.

4.2.4 Besuch der Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz des Senats vom 25. und 26. Februar 2019 in der Schweiz

Am 25. und 26. Februar 2019 empfing die Del-F die Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz des Senats für einen Arbeitsbesuch zum Thema Innovation in der Schweiz.

Am Montag, 25. Februar, weilten die beiden Delegationen in Genf, wo Gespräche mit einem Vertreter des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie mit dem stellvertretenden Generalsekretär für Wirtschaftsangelegenheiten des Amtes für Wirtschaftsförderung des Kantons Genf stattfanden. In den Gesprächen wurde die Funktionsweise des Schweizer Innovationssystems erläutert und hervorgehoben, dass die Unabhängigkeit der eidgenössischen technischen Hochschulen sowie die hervorragende Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren entscheidende Erfolgsfaktoren der Schweiz sind. Das SBFI präsentierte ausserdem die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse, die 75 Prozent ihrer Fördermittel direkt an innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausrichtet. Der Kanton Genf seinerseits verfügt über eine breite Palette an Instrumenten, um solch junge und verheissungsvolle Unternehmen zu unterstützen und in ihrer Entwicklung zu fördern. Im Jahr 2018 unterstützte er Start-ups in der Inkubationsphase mit zehn Millionen Franken. Alle waren sich einig darin, dass die geographische Nähe zwischen Industrie und Wissenschaft wichtig ist, um qualifizierte Arbeitskräfte zu finden und den Innovationstransfer von der Forschung zur Praxis zu fördern.



Der Nachmittag war dem Human Brain Project der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) gewidmet. Bruno Heberlin, stellvertretender Direktor des Zentrums für Neuroprothesen, präsentierte den Delegationen die verschiedenen laufenden Projekte und legte dabei den Schwerpunkt auf den jüngsten Erfolg des Zentrums: Rückenmarkstimulationen, dank denen Paraplegikerinnen und Paraplegiker ihre Beine wieder bewegen können. Dieses Projekt wird von der SUVA bereits umgesetzt und ist ein gutes Beispiel für erfolgreichen Innovationstransfer. Zum Abschluss des Tages besichtigten die Delegationen die 3D-Visualisationsplattform Open Deck, die über eine Computersimulation die Funktionsweise unseres Gehirns aufzeigt. Dank diesem innovativen Instrument kann die Stimulation der Neuronen in unserem Gehirn neu über Computer berechnet und analysiert werden anstatt an Tieren oder Menschen.

Am Dienstag, 26. Februar, begaben sich die Delegationen nach Zürich, wo sie das Forschungszentrum von Google besuchten, um mehr über künstliche Intelligenz (KI) und Deep Learning zu erfahren. Der Forschungsverantwortliche stellte diverse auf KI basierende Anwendungen vor. Seiner Auffassung nach ist die KI noch weit davon entfernt, die menschliche Intelligenz zu übertreffen, allerdings könne sie in konkreten Fällen eine Hilfe für die Menschen sein, beispielsweise, wenn sie die Medizin bei der Erkennung genetischer Erkrankungen unterstützt. Die KI sei für Softwareprogramme, was die Luftfahrt für das Reisen war. Das Entwicklungspotenzial sei enorm, betrachte man die Zahl der Personen, die laut Prognosen 2020 ein Smartphone ihr Eigen nennen werden (5 Milliarden). Getreu dem Leitspruch von Rabelais «Wissenschaft ohne Gewissen bedeutet den Untergang der Seele» forderten die Parlamentsmitglieder Google auf, zusammen mit den Philosophinnen und Philosophen auch über die Grenzen der KI nachzudenken.

Anschliessend trafen sich die Delegationen an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) zu einem Gespräch mit deren Präsidenten Joël Mesot. Dieser wies darauf hin, dass der Bildungsbereich vor äusserst grossen Herausforderungen steht. Obschon die Schweiz eine ausgezeichnete Ausbilderin sei, habe sie grosse Mühe, die stetig steigende Nachfrage zu befriedigen. Er betonte, dass das Schweizer System im Vergleich zu den USA zurückhaltender bei Investitionen in die Innovation ist und dass das Parlament möglicherweise die Rechtsgrundlagen anpassen sollte, um solche Investitionen zu erleichtern und den Innovationstransfer in die Industrie zu fördern. Darüber hinaus hatten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Gelegenheit, sich im Rahmen der Besichtigung des Innovation & Entrepreneurship Lab der ETHZ mit den Inhabern von zwei Start-ups (FenX und Oxara) auszutauschen. Beide Delegationen lobten den unternehmerischen Mut und den Erfindergeist der beiden Start-ups.

Die beiden Delegationen nutzten ihr Treffen auch, um sich offen über verschiedene bilaterale und grenzüberschreitende Themen zu unterhalten. Die französische Delegation wollte wissen, was die Schweizer Delegation vom Bürgerreferendum (Référéndum d'initiative citoyen, RIC) hält, das die Gelbwesten in Frankreich fordern. Die Schweizer Delegation antwortete, dass in der Schweiz zwischen der Anfechtung einer Gesetzesvorlage (Referendum) und dem Vorschlag einer neuen Gesetzesvorlage (Initiative) unterschieden wird, und betonte, dass die Konsenskultur fester Bestandteil der Schweizer Politik ist. Laut der Schweizer Delegation könnte das Schweizer System auch in Frankreich angewendet werden, allerdings nur auf lokaler Ebene. Die Schweizer Delegation ihrerseits bat um genauere Auskünfte zum Rahmenabkommen der beiden Länder über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und zum Stand der Beratungen in der französischen Nationalversammlung. Die Nationalversammlung hatte zahlreiche Vorbehalte gegenüber diesem Abkommen gehabt und deshalb im Jahr 2018 eine Delegation für einen «Blitzbesuch» in die Schweiz entsandt, um bestimmte Fragen zu klären. Obschon dieser Besuch längst abgeschlossen war, war das Abkommen nach wie vor in der Nationalversammlung hängig, weshalb es noch nicht vom Senat behandelt werden konnte. Die französische Delegation äusserte



die Hoffnung, dass sich der Senat im Mai 2019 mit diesem von vielen Gesundheitsfachpersonen sehnlichst erwarteten Abkommen befassen könne.¹

Die Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz des französischen Senats – die sich aus Senatorinnen und Senatoren aller Fraktionen zusammensetzt – wurde angeführt von Senator Ronan Le Gleut. Neben ihm gehörten der französischen Delegation auch die Senatorin Martine Berthet (Les Républicains, Savoie) sowie die Senatoren Hugues Saurey (Les Républicains, Loiret) und Christophe-André Frassa (Les Républicains, Auslandfranzösinen und -franzosen) an.

4.3 Anlässe

4.3.1 Offizieller Besuch des Nationalratspräsidenten in Paris

Im Juli 2018 nahm Ständerätin Liliane Maury Pasquier, die Präsidentin der Del-F (2018/19), an einem Teil des offiziellen Parisbesuchs des damaligen Nationalratspräsidenten Dominique de Buman teil. Die beiden wurden am Donnerstag, 12. Juli, vom Präsidenten der französischen Nationalversammlung, François de Rugy (La République en Marche, Loire-Atlantique), empfangen. An diesem Treffen waren auch die Präsidentin der Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz der Nationalversammlung, Marion Lenne (La République en Marche, Haute-Savoie), und der Abgeordnete der in der Schweiz und in Liechtenstein wohnhaften Französinen und Franzosen, Joachim Son-Forget, zugegen. François de Rugy betonte, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich ausgezeichnet sind und dass bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Fortschritte erzielt wurden. Eines der zentralen Gesprächsthemen waren die Herausforderungen der EU. Die Schweizer Delegation versicherte der französischen Seite, dass die Schweiz an ihren Zusicherungen gegenüber der EU festhält und bestrebt ist, bald eine Lösung für die offenen Fragen zu finden. Sie verwies zudem auf die wichtige Rolle der parlamentarischen Diplomatie und unterstrich, dass die Parlamente beider Länder diesbezüglich hervorragende Arbeit leisten, namentlich in den ständigen Delegationen bei internationalen und interparlamentarischen Organisationen.

Dominique de Buman und Liliane Maury Pasquier trafen sich ferner zu einem Gespräch mit dem Präsidenten des französischen Senats, Gérard Larcher (Les Républicains, Yvelines), an dem u. a. auch Ronan Le Gleut (Les Républicains), der die Interessen der Auslandsfranzösinen und -franzosen vertritt und die Freundschaftsgruppe Frankreich–Schweiz im Senat präsidiert, und der Vizepräsident dieser Freundschaftsgruppe, Jérôme Durin (Groupe socialiste et républicain, Saône-et-Loire), teilnahmen. Die Schweizer Gäste nutzten dieses Treffen, um das politische System der Schweiz zu erläutern und den Gesprächspartnern zuzusichern, dass die Schweiz bestrebt ist, in den europapolitischen Angelegenheiten eine akzeptable Lösung zu finden, was Gérard Larcher begrüßte. Ebenfalls besprochen wurden die Rolle der Internationalen Organisation der Frankophonie (Organisation internationale de la Francophonie, OIF) und der bevorstehende Frankophoniegipfel in Jerewan. Dominique de Buman und Liliane Maury Pasquier bedauerten die kolportierten französischen Pläne, das Budget des Fernsehsenders «TV5 Monde» zu kürzen. Sie hoben hervor, welche wichtige Rolle der Fernsehsender bei der Vermittlung der frankophonen Kultur und Werte über hochwertige Fernsehprogramme spielt.

¹ Das Rahmenabkommen zwischen dem Schweizer Bundesrat und der französischen Regierung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich wurde schliesslich von der Nationalversammlung und vom Senat angenommen und ist seit 1. Juli 2019 in Kraft.



5 Delegation für die Beziehungen zum italienischen Parlament

5.1 Einleitung

Die Delegation für die Beziehungen zum italienischen Parlament (Del-I) der 50. Legislatur konstituierte sich am 10. März 2016. Ihr gehörten folgende Ratsmitglieder an:

- Ständerat Fabio Abate (FDP, TI), Vizepräsident 2018/19,
- Nationalrat Marco Chiesa (SVP, TI), Vizepräsident 2016/17, Präsident 2018/19,
- Ständerat Claude Janiak (SP, BL),
- Ständerat Filippo Lombardi (CVP, TI), Präsident 2016/17,
- Nationalrat Giovanni Merlini (FDP, TI),
- Nationalrätin Roberta Pantani (Lega, TI),
- Nationalrat Lorenzo Quadri (Lega, TI),
- Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH),
- Nationalrätin Silva Semadeni (SP, GR),
- Ständerat Roberto Zanetti (SP, SO).

Die Del-I traf sich in der 50. Legislatur zu drei ordentlichen Sitzungen (10. März 2016, 15. Juni 2016 und 13. Dezember 2017) und wurde zu verschiedenen parlamentarischen Treffen und sonstigen Anlässen eingeladen.

Die Freundschaftsgruppe Italien–Schweiz des italienischen Parlaments umfasste (Stand: Februar 2016) die Abgeordneten Gianni Farina (Präsident), Chiara Braga, Rocco Buttiglione, Daniele Marantelli, Alessandro Pagano, Guglielmo Picchi und Alessandro Tacconi sowie die Senatoren Jonny Crosio und Claudio Micheloni und Senatorin Michela Monteverchi.

Die italienischen Parlamentswahlen fanden am 4. März 2018 statt und im Juni 2019 wurde die neue Zusammensetzung der italienischen Freundschaftsgruppe bekannt gegeben. Die vom Abgeordneten Cristian Romaniello präsidierte Gruppe umfasste neu die Abgeordneten Matteo Luigi Bianchi, Enrico Borghi, Mauro Del Barba, Marco Di Mario, Benedetta Fiorini, Francesca Flati, Niccolò Invidia, Tullio Patassini, Albrecht Plangger, Massimo Ungaro und Federica Zanella sowie die Senatorinnen Caterina Biti, Elena Fattori, Fiammetta Modena, Nadia Pizzol und Rosellina Sbrana sowie die Senatoren Raffaele Fantetti und Francesco Mollame.

5.2 Arbeitsbesuche

5.2.1 Arbeitsbesuch der Del-I in Rom vom 27. und 28. Juni 2016

Am 27. und 28. Juni 2016 weilte die Del-I zu einem Besuch in Rom. Auf dem Programm standen Gespräche über Themen aus den Bereichen Europa-, Verkehrs-, Finanz-, Bildungs- und Migrationspolitik. Beim Treffen mit dem Präsidenten des Parlamentsausschusses für Umwelt, Raumplanung und öffentliche Aufträge, Ermete Realacci, wies die Delegation einmal mehr darauf hin, dass die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) ein unvollendetes Werk bleibt, wenn Italien nicht für die Anbindung an sein Netz sorgt. Ermete Realacci wiederum sprach über Italiens energiepolitisches Engagement und erklärte, dass sein Land 40 Prozent des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien deckt.



Zudem verfolgte die Delegation im Senat die Rede von Premierminister Matteo Renzi, welche dieser im Hinblick auf den Dreiergipfel (Deutschland, Frankreich und Italien) zur britischen Abstimmung über den EU-Austritt (Brexit) hielt. Die Schweizer Ratsmitglieder wurden ausserdem vom Vizepräsidenten des Senats, Paolo Corsini, empfangen und sprachen mit diesem über die laufenden institutionellen Reformen und die Entscheidung Grossbritanniens, die EU zu verlassen.

Die Besichtigung des Empfangszentrums für Asylsuchende (CARA) in Castelnovo di Porto, die ebenfalls auf dem Programm stand, beeindruckte die Delegationsmitglieder sehr. Dessen Direktor Akram Zubaydi und seine Mitarbeitenden präsentierten die Organisation der Einrichtung und erzählten von den interkulturellen Herausforderungen, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind.

Beim Treffen mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Emigration des Senats wurde hauptsächlich über den Brexit und die Beziehungen der Schweiz zur EU diskutiert. Die italienischen Senatsmitglieder informierten sich bei ihren Schweizer Gästen darüber, wie die Schweiz die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen gedenkt.

Ein Thema, dem beide Länder grosse Bedeutung beimessen, ist die Förderung der italienischen Sprache. Die Del-I erklärte, dass der Bund mehr Mittel für die Förderung der italienischen Sprache ausserhalb der Schweiz zur Verfügung stellen wird (zweite Kulturbotschaft). Die italienische Seite wiederum sicherte die Weiterfinanzierung der Italienischkurse der Konsulate zu. Beide Länder scheinen eine Zusammenarbeit in diesem Bereich für wünschenswert zu erachten.

Die Schweizer Ratsmitglieder nahmen im Weiteren an einer Tagung über den «Jobs Act» teil, an welcher der Präsident des Ausschusses für Arbeit und Arbeitsrecht der Abgeordnetenkommission, Cesare Damiano, einen Vortrag hielt. Darüber hinaus trafen sie sich mit Maurizio Bernardo, dem Präsidenten des Finanzausschusses der Abgeordnetenkommission, und weiteren Ausschussmitgliedern und sprachen mit diesen über Steuerabkommen und das Grenzgängerabkommen. Nicht fehlen durfte in jenem Jahr (2016), in dem am 1. Juni mit dem Gotthard-Basistunnel ein wichtiger Teil der Neat eingeweiht wurde, natürlich ein Gespräch mit dem Präsidenten des Ausschusses für Verkehr, Post und Telekommunikation der Abgeordnetenkommission, Michele Pompeo Meta, über die Südanbindung der Neat und die Verlagerung des Warenverkehrs auf die Schiene.

Neben ihrem Präsidenten, Ständerat Filippo Lombardi, gehörten der Schweizer Delegation ihr Vizepräsident, Nationalrat Marco Chiesa, sowie die Nationalrätinnen Kathy Riklin und Silva Semadeni und Ständerat Claude Janiak an.

5.2.2 Arbeitsbesuch der Freundschaftsgruppe Italien–Schweiz des italienischen Parlaments vom 6. und 7. Dezember 2017 in der Schweiz

Am 6. und 7. Dezember 2017 weilte eine Delegation des italienischen Parlaments zu Besuch in Bern. Die Del-I traf sich mit den Mitgliedern der Freundschaftsgruppe Italien–Schweiz. Die beiden Delegationen tauschten sich über verschiedene aktuelle Themen aus. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem drei Themen. Erstens das Grenzgängerabkommen, das Italien in Erwartung einer EU-rechtskonformen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative noch nicht unterzeichnet hatte. Die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung waren allerdings weiterhin schlecht, da eine Auflösung des italienischen Parlaments per Ende Dezember und Neuwahlen für März 2018 erwartet wurden. Auch beim zweiten Gesprächsthema – dem Zugang von Schweizer Kreditinstituten zum italienischen Finanzdienstleistungsmarkt – herrschte Stillstand. Die Pflicht der interessierten Institute, eine Niederlassung in Italien zu eröffnen, stellt für die Schweiz ein grosses Problem dar. Beim dritten Thema – der Zusammenarbeit bei der Förderung der italienischen Sprache – bestand



hingegen Einigkeit. Die Mitglieder beider Delegationen bekräftigten den Willen, die Kräfte zu bündeln, um die Italienischunterricht in der Schweiz zu fördern.

Der zweite Teil des Besuchs fand im Tessin statt. Die italienische Delegation besichtigte in Lugano das nationale Hochleistungsrechenzentrum der Schweiz (Centro svizzero di calcolo scientifico, CSCS). Den Abschluss des Besuchs bildeten die Besichtigung des Kunst- und Kulturzentrums Lugano (Lugano Arte e Cultura, LAC), wo die Delegation vom Vorsteher des Kulturdepartements, Stadtrat Roberto Badaracco, empfangen wurde, sowie das Treffen im Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit (Centro di Cooperazione di Polizia e Dognale, CCPD) in Chiasso, das gemeinsam mit Hauptmann Christophe Cerinotti organisiert wurde.

Der Schweizer Delegation gehörten neben ihrem Präsidenten, Ständerat Filippo Lombardi, die Nationalrätinnen Roberta Pantani, Kathy Riklin und Silva Semadeni, die Nationalräte Marco Chiesa und Giovanni Merlini sowie Ständerat Claude Janiak an.

Die italienische Delegation umfasste die Abgeordneten Gianni Farina (Delegationspräsident, PD), und Florian Kronbichler (MDP) sowie Senator Jonny Crosio (LNA).

5.3 Anlässe

Am 28. März 2017 empfingen die Staatspolitische Kommission des Nationalrates, vertreten durch Nationalrat Heinz Brand (SVP, GR), und die Del-I, vertreten durch Nationalrätin Roberta Pantani, eine von der Abgeordneten Laura Ravetto (FI) präsidierte Delegation des italienischen Parlamentsausschusses für die Kontrolle der Umsetzung des Schengen-Abkommens, für die Beaufsichtigung der Europol-Aktivitäten sowie für die Kontrolle und Beaufsichtigung der Einwanderung zu einem offiziellen Besuch in Bern. Diskutiert wurde dabei v. a. über die Migrationslage in der Schweiz, die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie die Anwendung von Artikel 121a der Bundesverfassung («Steuerung der Zuwanderung»).

Vom 5. bis zum 7. Mai 2018 weilte der damalige Nationalratspräsident Dominique de Buman (CVP, FR) zu einem offiziellen Besuch im Vatikan und in Rom. In Begleitung des Präsidenten der Del-I, Nationalrat Marco Chiesa, und des Vizepräsidenten der Del-I, Ständerat Fabio Abate, wurde der Nationalratspräsident am 7. Mai vom Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, Roberto Fico, empfangen. Dominique de Buman und sein italienischer Amtskollege sprachen über verschiedene aktuelle Themen von gemeinsamem Interesse wie die Verkehrspolitik, das Grenzgängerabkommen und den Zugang zu den Finanzmärkten. Sie waren sich einig, dass die Beziehungen der beiden Länder unbedingt weiter gepflegt werden müssen. Sie tauschten sich zudem über die politische Situation in Italien aus.

Italien ist ein sehr wichtiger Partner der Schweiz und mit diesem Treffen konnten kurz nach den Parlamentswahlen in Italien die guten Beziehungen der beiden Parlamente bekräftigt werden.

Vom 3. bis zum 6. Mai 2019 weilten die damalige Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti (SP, TI) und der damalige Ständeratspräsident Jean-René Fournier (CVP, VS) zu einem offiziellen Besuch im Vatikan und in Rom. In dessen Rahmen wurden sie – in Begleitung des Präsidenten der Del-I, Marco Chiesa, und des Vizepräsidenten der Del-I, Fabio Abate – vom Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, Roberto Fico, empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen aktuelle Themen wie das Grenzgängerabkommen von 2015, die Verkehrsinfrastrukturen und die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Ebenfalls thematisiert wurde, wie wichtig es ist, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern – namentlich auf parlamentarischer Ebene – zu intensivieren.



Auf den Empfang im Palazzo Montecitorio, dem Sitz der italienischen Abgeordnetenkammer, folgte ein Arbeitstreffen mit mehreren Mitgliedern des italienischen Parlaments, darunter der Abgeordnete Cristian Romaniello, Präsident der Freundschaftsgruppe Italien–Schweiz.

Marina Carobbio Guscetti besuchte ferner in Begleitung von Marco Chiesa und Fabio Abate einen der Standorte der Schweizer Schule in Rom. Am 3. Mai 2019 ehrte die Dante-Alighieri-Gesellschaft, die 1889 zum Schutz und zur Förderung der italienischen Sprache und Kultur auf der ganzen Welt gegründet wurde, Marina Carobbio Guscetti für ihren Einsatz bei der Förderung der italienischen Sprache in der Schweiz. Der Präsident der Gesellschaft, Andrea Riccardi, erklärte die Schweizerin zum Ehrenmitglied seiner Organisation. Auf den feierlichen Akt, dem auch Fabio Abate und der Generalsekretär der Dante-Alighieri-Gesellschaft, Alessandro Masi, beiwohnten, folgte eine öffentliche Podiumsdiskussion über den Stellenwert der italienischen Sprache innerhalb der mehrsprachigen Schweiz.

6 Delegation für die Beziehungen zum Landtag Liechtensteins

6.1 Einleitung

Die Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein (Del-FL) konstituierte sich am 8. März 2016. Sie hat die Aufgabe, einen steten Kontakt zum östlichen Nachbarstaat zu pflegen sowie ein Beziehungsnetz aufzubauen und zu unterhalten, das insbesondere in Krisensituationen zum Tragen kommt. Ferner soll Gesprächsbereitschaft signalisiert und das Verständnis der Prozesse innerhalb des Parlamentes gefördert werden. Es finden regelmässige Treffen mit der entsprechenden Delegation des liechtensteinischen Landtags statt.

Die Del-FL wurde in der Legislaturperiode 2016–2019 von Nationalrat Walter Müller (FDP, SG) präsiert. Ferner gehörten ihr folgende Ratsmitglieder an:

- Nationalrat Thomas Ammann (CVP, SG),
- Nationalrat Heinz Brand (SVP, GR),
- Ständerätin Pascale Bruderer Wyss (SP, AG),
- Nationalrat Toni Brunner (SVP, SG),
- Nationalrat Roland Rino Büchel (SVP, SG),
- Ständerat Raphaël Comte (FDP, NE), ab 15.02.2019,
- Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG),
- Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG),
- Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP, SG), bis 31.12.2018,
- Ständerat Alex Kuprecht (SVP, SZ), Vizepräsident der Delegation.

6.2 Offizielle Besuche und Anlässe

Die Del-FL empfing die offizielle Delegation des Fürstentums Liechtenstein in der vergangenen Legislaturperiode einmal in der Schweiz. Der Ablauf dieses Arbeitsbesuchs wird im Folgenden zusammengefasst. Ferner nahmen Mitglieder der Delegation an verschiedenen Treffen und Anlässen teil:

- Am 3. April 2019 empfingen Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti und Ständeratspräsident Jean-René Fournier den liechtensteinischen Landtagspräsidenten Albert



Frick in Bern. Das Treffen fand am Rande des Staatsbesuchs Seiner Durchlaucht Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in der Schweiz statt.

- Der Präsident der Del-FL begleitete Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti und Ständeratspräsident Jean-René Fournier bei deren gemeinsamen Besuch in Vaduz vom 21. November 2019.

6.3 Besuch der Delegation des liechtensteinischen Landtags vom 21. und 22. März 2018 in der Schweiz

Die parlamentarische Delegation aus dem Fürstentum Liechtenstein, angeführt von Landtagspräsident Albert Frick, wurde am 21. März 2018 von der Del-FL im Bundeshaus empfangen. Die beiden offiziellen Delegationen, die sich der Pflege der parlamentarischen Beziehungen zum jeweiligen Nachbarstaat annehmen, tauschten sich über die Zusammenarbeit im Gesundheits- und Verkehrsbereich und über wichtige zukünftige Projekte in beiden Parlamenten aus.

Im Gespräch mit Staatssekretär Roberto Balzaretti, Leiter der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, wurden die aktuellen Herausforderungen in den Beziehungen beider Staaten zur EU debattiert. Auch die gemeinsame Freihandelspolitik im Rahmen der EFTA und der geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU waren Gegenstand der Diskussionen.

Der Folgetag war dem Thema Forschung und Innovation gewidmet. Die beiden Delegationen reisten gemeinsam nach Neuenburg und besuchten das Schweizer Zentrum für Elektronik und Mikrotechnologie (CSEM). Mit dessen Geschäftsleitungsmitgliedern und der Direktorin von Innosuisse tauschten sie sich über die Forschungs- und Innovationsförderungs politik beider Staaten aus. Ein gemeinsames Mittagessen mit Regierungsrätin Monika Maire-Hefti rundete das Programm im Kanton Neuenburg ab.

Die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz basieren auf einem über hundert Abkommen umfassenden Vertragsnetz. Die diplomatischen Beziehungen zeichnen sich durch häufige Besuche auf allen Ebenen aus. Ziel dieses Treffens war es, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und sich näher darüber zu informieren, wie in den beiden Parlamenten mit aktuellen Herausforderungen umgegangen wird.

Die Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein wurde angeführt von Nationalrat Walter Müller (FDP, SG). Ferner nahmen am Treffen die Nationalräte Thomas Ammann (CVP, SG), Heinz Brand (SVP, GR), Toni Brunner (SVP, SG) und Roland Rino Büchel (SVP, SG) sowie Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG) teil.

Die parlamentarische Delegation aus dem Fürstentum Liechtenstein war mit dem Landtagspräsidenten Albert Frick (FBP) sowie mit den folgenden Mitgliedern des Landtags vertreten: Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU), Abgeordneter Daniel Oehry (Fraktionssprecher, FBP), Abgeordneter Günter Vogt (Fraktionssprecher, VU), Abgeordneter Jürgen Beck (DU) und Abgeordneter Georg Kaufmann (Fraktionssprecher, FL).

7 Schlussfolgerungen

Die parlamentarische Diplomatie nimmt an Bedeutung zu und spielt inzwischen eine wichtige Rolle. Sie verfügt über einen gewissen Handlungsspielraum, der die Möglichkeit bietet, über rein staatliche Beziehungen hinausgehende Kontakte zu knüpfen sowie die Beziehungen zwischen den Völkern zu stärken. Auf diese Weise ergänzt die parlamentarische Diplomatie die diplomatischen Aktivitäten der



Exekutive. Die Schweiz unterhält sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene enge und beständige Beziehungen zu ihren Nachbarländern. Parlamentarische Treffen bieten Gelegenheit, die Schweizer Positionen direkt den zuständigen Entscheidungsträgern nahezubringen, und ermöglichen es den Mitgliedern der Bundesversammlung, komplexe regionale, nationale und internationale Themen direkt mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten der Nachbarländer zu besprechen, gemeinsam mit diesen Lösungen zu suchen und für einen dauerhaften Dialog zu sorgen.